

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 230

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis freibleibend.

Halver

Mittwoch, den 21. November 1923

Anzeigenpreis: pro Zeile 3 mm hoch, 34 mm breit 10 Goldpf.
für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen
15 Goldpf. — Kellame 40 Goldpf. — Offertgebühren
10 Goldpf. und Porto.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichsregierung und Inhaber der vollziehenden Gewalt geben Anweisung zu scharfen Maßnahmen gegen die eingetragene ungerechtfertigte Vertierung der Warenpreise.

* Eine Konferenz der Deutschen Volkspartei sprach dem Reichskanzler Dr. Stresemann fast einstimmig ihr Vertrauen aus.

* Die Entscheidung in der Frage des Verbleibs oder der Änderung des jetzigen Reichskabinetts soll erst am Freitag im Reichstag erfolgen.

* England verbleibt Frankreich gegenüber auf dem Standpunkt, daß neue „Sanktionen“ gegenüber Deutschland nicht am Platze seien.

* In Amsterdam soll über einen Währungs- und Nahrungsmittelkredit für Deutschland im Betrage von einer Million Dollar verhandelt werden.

Des Kanzlers Politik.

Kurz, bevor im Reichstage wieder einmal eine politische Entscheidung über das derzeitige Reichskabinett gefällt werden soll, und nicht zuletzt veranlaßt durch die Differenzen innerhalb der Deutschen Volkspartei selbst, ist am Sonntag der Zentralvorstand dieser Partei zusammengetreten, und der Reichskanzler hat dort eine große Rede über die Politik seines Kabinetts gehalten. Er hat von vornherein betont, daß er Reichskanzler nur dann bleiben wolle, wenn er das Vertrauen seiner eigenen Partei noch habe, ein Vertrauen, das ihm übrigens vom Zentralvorstand der Partei dann ausgesprochen worden ist. Außenpolitisch trat der Kanzler für die Art ein, wie der passive Widerstand abgebrochen und wie dann die Verhandlungen mit Frankreich über die Neuordnung im Ruhrgebiet geführt wurden. Der Widerstand sei ohne Durchsetzung unserer an seine Aufgabe geknüpften Bedingungen abgebrochen worden, und für den Augenblick seien auch unsere Verhandlungen mit Frankreich vollkommen aussichtslos. Der Kanzler sprach aber die Hoffnung aus, daß seiner Politik doch noch ein Erfolg beschieden werde, denn sie habe zu einer Isolierung Frankreichs geführt, die dieses Land auf die Dauer nicht so wird tragen können wie bisher. Auf diese Hoffnung gründet der Kanzler die Ansicht, daß mit dieser Entwicklung vielleicht ein neuer europäischer Geschichtsabschnitt eingeleitet sei, auch wenn die nächsten Folgen in weiteren Gewalttaten Frankreichs sich zeigen.

Der Kanzler wies dann auch ausdrücklich darauf hin, daß unsere Lage sich jedenfalls nicht gebessert habe, daß wir vielmehr vor einem fürchterlichen Winter stehen; er sehe keinen Mann, der diese Abstände sofort beseitigen könne, und „wir werden noch durch ein finsternes Tal hindurch müssen“. Es läßt sich nicht so schnell wiedergutmachen, was durch Jahre des Krieges und der Nachzeit zerrüttet worden sei.

Wir müssen Politik treiben, so führte der Kanzler aus, die nur eine Politik des Tages, nicht eine Politik auf lange Sicht ist. Und dafür seien die Parteiprogramme nicht geeignet. Mit den ungeheuren Schwierigkeiten des Tages können die Parteiprogramme gar nicht fertig werden, wenn man nur einen Blick wirft auf das, was dem besetzten Gebiet bevorsteht: Wir können Rhein und Ruhr nicht mehr finanzieren, ohne daß das ganze Reich zusammenbricht. Denn die Rentenbank, also unsere inländische Finanzkontrolle, gewährt der Regierung nur einen Kredit, der sehr bald erschöpft ist, wenn wir, wie es notwendig wäre, alle zehn bis vierzehn Tage hundert Millionen Goldmark ausgeben würden. Und wenn dieser Kredit erschöpft ist, dann ist alles verloren, was wir mit der Rentenbank erreichen wollten. Alle, auch die weitgehendsten Versuche, mit Frankreich auf vernünftiger Basis eine Einigung herbeizuführen, sind vor allem daran gescheitert, daß Frankreich die Kohlenlieferungen nicht unserem Reparationskonto zuschreiben, sondern für andere Verpflichtungen Deutschlands anrechnen wolle. Das aber habe die Bedeutung, daß Frankreich uns zwingen wolle, den Einbruch in das Ruhrgebiet als gerechtfertigt anzuerkennen und uns auch noch mit den Kosten zu belasten. „Wir haben deshalb erklärt, daß wir diese Forderung unbedingt ablehnen. Die Entscheidung, die wir haben treffen müssen, ist unendlich schwer und zerreißt die Seele. Trotzdem haben wir sie treffen müssen, weil wir ein nationales Grundrecht Deutschlands nicht preisgeben dürfen“, sagte der Kanzler unter lebhafter Zustimmung aus.

Dr. Stresemann ging dann auf die innerpolitischen und die wirtschaftlichen Fragen ein und versuchte den mannigfachen Vorwürfen entgegenzutreten, die man der Regierung wegen der dreimonatlichen Verzögerung der Währungsreform gemacht habe. Die Urteile der Sachverständigen seien soweit auseinandergegangen, daß das Kabinett sich nicht zu einem schnellen Entschluß habe durchringen können, außerdem seien politische Gründe, die unter dem Gesichtspunkt einer Politik des Tages zu verstehen sind, für die Verzögerung maßgebend gewesen.

Nach einer Besprechung der sächsischen und bayerischen Frage, wobei der Kanzler das Recht Bayerns anerkannte, auf verfassungsmäßigem Wege Reservatrechte sich zu erkämpfen, und wobei er sich Bayern gegenüber durchaus entgegenkommend aussprach, ging er auf das ein, was dort emporgekommen war: die nationalen Kräfte des Volkslebens, die mit den Parteien nichts mehr zu tun haben wollen. Man sehe dort aber allzu sehr auf die Wirtschaft und könne nur in einem Bündnis zwischen der Wirtschaft und dem nationalen Gedanken das Heil der Zukunft erblicken. Der Kanzler aber will von einer solchen Diktatur der vereinigten wirtschaftlichen und nationalen Kräfte Deutschlands nichts wissen; sie seien nicht in der Lage, eine vernünftige Politik zu ermöglichen; sie seien auch nicht berechnungsfähig, bekümmerte Forderungen als Entgelt für die Aus-

führung ihrer Pflichten an die Regierung zu stellen. Die Ausschaltung der politischen Parteien sei eine Ausschaltung des Idealismus und eine Abkehr von der jetzigen Regierungspolitik, eine wirtschaftlich-nationale Diktatur sei namentlich im Hinblick auf die Außenpolitik eine Mehrbelastung, die wir nicht mehr tragen können. Die Rückkehr des Kronprinzen werde voraussichtlich zu der Forderung führen, ihn auszuliefern, aber wir werden diese Forderung selbstverständlich ablehnen. Die Vorgänge in München hätten uns außenpolitisch stark belastet, und die ausländischen Kredite seien nur möglich, wenn wir von inneren Krisen freibleiben.

Und diese innere Krise hofft der Reichskanzler auf Grund der Vorlagen über den Beamtenabbau, das Arbeitszeitgesetz und andere die Produktion hebende Vorlagen in ruhiger Entwicklung zu überwinden.

Die Volkspartei für Dr. Stresemann.

Nach der Rede des Reichskanzlers nahm der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei mit 206 gegen 11 Stimmen die Entschließung an, in der das Vertrauen zu Dr. Stresemann ausgesprochen wird. Ferner wird die Abstimmung mit der Politik der Reichsregierung in der Rheinlandfrage zum Ausdruck gebracht. Eine Veränderung der staatsrechtlichen Stellung des Rheinlandes dürfe nicht in Frage kommen. Deutsch sei der Rhein und deutsch müsse er bleiben. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß, so lange die Regierung nicht über eine feste parlamentarische Mehrheit verfüge, die Zulassung derjenigen Parteien zu erstreben ist, die jetzt die Regierung stützen. Der Zentralvorstand stimmt mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz darin überein, daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt ist, die Person des bewährten Kanzlers irgendwelchen Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichstagsfraktion und ist davon überzeugt, daß sie ihren Führer in seiner Politik restlos unterstützen wird.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Gemütnung über Mussolinis Auffassung.

In halbamtlicher Form werden von deutscher Seite die Worte, die der italienische Ministerpräsident über das Recht des deutschen Volkes zum Leben gesagt hat, mit aufrichtiger Gemütnung begrüßt. Das von Mussolini entwickelte Reparationsprogramm deckt sich in den entscheidenden Punkten mit den Plänen der deutschen Regierung. Dies gilt insbesondere von der Forderung auf Herabsetzung der deutschen Schuld und auf Gewährung eines genügend langen Moratoriums.

Die Rheinfrage im Auswärtigen Ausschuss.

Zur Beratung über die rheinisch-westfälische Frage, die den ganzen Montag im Auswärtigen Ausschuss in Anspruch nahm, waren auch die sämtlichen Reichstagsabgeordneten aus dem besetzten Gebiet hinzugezogen. Auch waren zahlreiche Minister der Einzelländer anwesend. Dr. Stresemann nahm das Wort zu einem eingehenden Referat. Nach ihm sprachen die Abgeordneten Müller-Franken (Soz.), Erlenz (Dem.), Simmes (Dt. Vp.), Stöcker (Komm.), Dr. Hoersch (Dtn.) und Dr. Moldenhauer (Dt. Vp.).

Bürgerchaftswahlen in Bremen.

Die stattgefundenen Wahlen zur Bürgerchaft in Stadt und Land Bremen hatten folgendes Ergebnis: Deutschnationale 16 099, Deutschvölkische 10 970, Deutsche Volkspartei 32 929, Demokraten 19 521, Zentrum 3910, Hausbesitzer 4869, B. S. P. D. 44 564, Kommunisten 26 741. Die Verteilung der Mandate ergibt ungefähr dasselbe Bild wie in der letzten Bürgerchaft, wo die Bürgerlichen eine kleine Mehrheit hatten.

Politischer Zwischenfall in Leipzig?

Berschiedentlich wurden Gerüchte verbreitet, in Leipzig sollten Sonntag französische oder belgische Offiziere angegriffen, mißhandelt und verhaftet worden sein. Die belgische Regierung sollte bereits Schritte getan haben, um Genugtuung zu erhalten. Wie die T. U. mitteilt, sind diese Gerüchte aus der Luft gegriffen, in Leipzig ist der Sonntag völlig ruhig verlaufen.

Frankreich.

X Poincaré schreibt wie immer nach „Sanktionen“. Der französische Ministerpräsident unternahm am Sonntag in Neuilly abermals den üblichen rednerischen Sturm auf gegen Deutschland und schloß diesmal: „Sanktionen müssen ergriffen werden. Wir werden sie ergreifen, falls wir keine Genugtuung erlangen. Wir sind außerdem entschlossen, das besetzte Gebiet nicht zu räumen, bevor nicht die im Versailler Vertrag unterzeichneten Bestimmungen voll erfüllt sind und wir uns gegen die Möglichkeit eines neuen Angriffs hinreichend vorgesehen haben.“ Ob dieser unermüdliche Mund denn niemals etwas anderes erzeugen wird, als dieses übliche Gemisch von Böswilligkeit und Unverstand.

Freistaat Danzig.

X Wahlen zum Danziger Volkstag. Nach den vorliegenden Ergebnissen bei den Wahlen zum Danziger Volkstag erhielten: Vereinigte Sozialdemokraten 29 Sitze, Deutschnationale 31, Beamten, Angestellte und Arbeiter 4, Zentrum 16, Vereinigung der Fischer 1, Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft 9, Kommunisten 11, Deutschsoziale 7, Deutsch-Danziger Volkspartei 6, Polen 5, Mieterpartei 1. Einige Landkreise stehen noch aus.

Aus In- und Ausland.

München. In Speyer hat die Beamtenchaft einstimmig jede Arbeit unter der Separatistenherrschaft abgelehnt.

Zürich. Von der Polizei wurden drei an dem Putz in München beteiligte gewesene Führer der Hitler-Gruppen in Zürich ermittelt. Dem Vernehmen nach werden sie ausgewiesen werden.

London. Sir Shaw und Adler, Sekretäre der Arbeiterpartei, verbreiten einen Aufruf, in dem sie zur Gründung eines Hilfsfonds auffordern, in der Absicht, die deutsche Sozialdemokratische Partei zur Fortsetzung ihrer Arbeiten zu befähigen.

Brüssel. Der Sozialist Camille Huysmans ist zu einer Konferenz nach Berlin abgereist, die, wie verlautet, eine Aktion der Sozialisten im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage in Deutschland vorbereiten soll.

Reichstagsentscheidung Freitag, 23. Nov.

Für oder gegen Stresemann.

Berlin, 19. November.

Der Ältestenrat des Reichstags ist zu Dienstag zwei Stunden vor Beginn der Reichstagsitzung einberufen worden. Die politische Aussprache kann sich bis zum Freitag erstrecken, wobei allerdings der Bußtag für Fraktionsführungen freigelassen wird, obwohl die Sozialdemokraten den Wunsch geäußert haben, daß die Plenarsitzung auch am Bußtag nicht ausgesetzt werden möge. Falls der Reichskanzler das Wort nimmt, werden die Fraktionen am Bußtag Gelegenheit nehmen, über die Ausführungen des Reichskanzlers zu beraten. Eine Entscheidung des Reichstags über ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum, falls überhaupt solche Anträge gestellt werden sollten, dürfte also vor Freitag nicht zu erwarten sein. Weitere Sitzungen des Reichstags sind bisher nicht in Aussicht genommen.

Währungskredit für Deutschland?

Eine Milliarde Dollars.

Der Reichskanzler machte in seiner Rede vor der Deutschen Volkspartei Andeutungen über mögliche Gewährung beträchtlicher ausländischer Kredite. Man erfährt dazu, daß die Verhandlungen in Amsterdam stattfinden.

Die Verhandlungen spielen sich dem Vernehmen nach zwischen den deutschen Stellen und einer amerikanischen-englischen Gruppe ab. Der geplante Kredit umfaßt auch Nahrungsmittel. Für den Währungskredit allein komme etwa ein Betrag von einer Milliarde Dollars in Betracht. Die Aussichten für das Zustandekommen des Abchlusses seien nicht ungünstig. Allerdings machten die ausländischen Geldgeber zur Voraussetzung, daß eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Deutschland eintritt und daß Deutschland vor Experimenten des Rechts- und des Linksradikalismus bewahrt bleibe.

Es scheint ausgeschlossen, wie von einigen Seiten verlautete, daß etwa zwei oder drei Großgrundbesitzer die alleinige Haftung übernehmen. Es sei vielmehr an die Gesamtheit der Grundbesitzerverbände als Bürge gedacht. Einige fürstliche Magnaten wie die Fürsten Hohenlohe und Habsfeld seien allerdings an erster Stelle zu nennen. Der Kredit dürfte auch beeinflusst werden durch Schätzungen, die der Ernährungsminister und die anderen zuständigen Stellen für den Bedarf Deutschlands an Fleisch und Kohle während der nächsten Monate aufstellen werden. Der englische Text der Vorschläge dieser Kredite soll Stresemann zugegangen sein. Die Vorschläge des englisch-amerikanischen Konsortiums bezögen sich nur auf die augenblickliche deutsche Regierung.

Schreckt er doch zurück?

Amfliche Nichtigstellung der Rede Poincarés.

Paris, 19. November.

Die amfliche französische „Agentur Havas“ veröffentlicht eine Erklärung zur Sonntagsrede Poincarés, die großes Aufsehen hervorruft. In der Erklärung heißt es: „Gewisse Blätter scheinen den Sinn der Worte, die der französische Ministerpräsident in seiner Rede in Neuilly ausgesprochen hat, nicht verstanden zu haben. Er hat erklärt: „Wir sind im übrigen entschlossen, die auf Grund des Friedensvertrages besetzten Gebiete nicht zu räumen, bevor nicht alle in dem Versailler Vertrage unterzeichneten Klauseln vollkommen erfüllt sind.“ Diese Worte bezogen sich auf die besetzten Gebiete am linken Rheinufer und auf die Brückenköpfe. Es versteht sich von selbst, daß sie sich nicht auf das Ruhrgebiet beziehen können, über das keinerlei Entscheidung getroffen werden kann ohne ein vorheriges Abkommen zwischen Frankreich und Belgien.“

Sollte die energische Haltung Englands nun doch ihre Wirkung auf den starrköpfigen Poincaré nicht verfehlt haben und es nun wirklich geneigt sein, einen Pflock zurückzugeben? Vielleicht hat dazu auch eine offiziöse Meldung aus Amerika beigetragen, deren Sinn ist, daß französische Volk müsse die Unklugheit einer Politik einsehen, die einen möglichen Verlust der Unterstützung Frankreichs durch seine besten Freunde unter den Nationen bedeute.

Englischer Kohlenkredit für die Reichsbahn

Die geleisteten Garantien.

Die nach schwierigen Verhandlungen in London zustandegekommene Abmachung über den weiteren Bezug englischer Kohle ist auf der Basis der üblichen Bedingungen von führenden Londoner Bankfirmen in Höhe von drei Millionen Pfund Sterling abgeschlossen worden. Der Kredit braucht nur, soweit Bedarf, in Anspruch genommen

zu werden. Garantien leisten die deutsche Industrie unter Mitwirkung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und führende deutsche Banken. Für die Finanzierung des Kredits kamen von dem eigenen Besitz der Reichsbahn nur ihre unaufgeschlossenen Braunkohlefelder bei Bitterfeld und Lützenau in Betracht.

Der Fall Zeigner.

Strafverfahren gegen Sachsens früheren Ministerpräsidenten
s. Leipzig, 19. November.

Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, der bekanntlich erst vor kurzem aus dem Amt geschieden ist, wegen Verschleppung ein Verfahren eingeleitet. Nach dem angezogenen Paragraphen des Strafgesetzbuches steht auf Verschleppung im Amt, die hier in Frage kommt, Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren.

Was über Zeigners Verfehlungen verbreitet wird, läßt sich in den Einzelheiten auf seine Richtigkeit nicht nachprüfen, so daß wir die gegen den vielgenannten Politiker — er hat, wie man weiß, die Öffentlichkeit auch früher schon mehr als für ihn — war beschäftigt — erhobenen Beschuldigungen einstweilen nur mit Vorbehalt wiedergeben. Bevor er Ministerpräsident wurde, war Dr. Zeigner, der aus dem Richterstande hervorgegangen ist, sächsischer Justizminister. In dieser Stellung nun ließ er aufläufig viel Begnadigungen ergehen, und er wird jetzt beschuldigt, daß er sich einen großen Teil dieser Begnadigungen habe ablaufen lassen. Leuten, die rechtsträchtig zu Freiheitsstrafen verurteilt waren, wurde die Strafe erlassen, wenn sie sich durch Barzahlungen oder durch praktische Geschenke bei Zeigner „beliebt zu machen“ wußten. Und der Justizminister soll bei der Annahme der Geschenke durchaus nicht wählerisch gewesen sein: er habe, sagt man, einfach alles genommen, was man ihm anbot, von kostbaren Pelzfächern und Brillanten für die Frau Gemahlin bis herunter zu ganz gewöhnlichen Lebensmitteln wie Mehl, Kartoffeln, Butter usw. Dabei sei es ihm gar nicht darauf angekommen, wie und wo er das „Sonstige“ für seine Bemühungen bekommen habe: man konnte es ihm in die Wohnung bringen, konnte es ihm im Caféhaus aufsetzen, konnte es ihm aber in dringenden Fällen auch auf der Straße überreichen.

Wie gesagt — da's alles „sagt man“, und wenn sich die schwerwiegenden Vorwürfe auch nur zum Teil bestätigen sollten, wäre Dr. Zeigner wohl für immer ein politisch toter Mann, der auch für seine Partei endgültig erledigt wäre. Aber man soll nicht rücheln, ehe der zuständige Richter gesprochen hat, und man wird daher bis zu der öffentlichen Verhandlung der peinlichen Angelegenheit warten müssen, bevor man als Unparteiischer über den Mann und seine Tat das letzte Wort sprechen können.

Überforderungen im Warenhandel.

Gegen die Schädlinge des Gemeinwohls.

In einer amtlichen Veröffentlichung wird darauf hingewiesen, daß die Befämpfung der Auswüchse im Warenverkehr, insbesondere der Preisabschneidungen, in erheblichem Maße dadurch behindert werden, daß der Verkäufer das Risiko der Geldentwertung in die Warenpreise einrechnet. Da die Höhe der Geldentwertungszuschläge lediglich geschätzt wird und ihre Berechnung vielfach willkürlich erfolgt, ist eine Unübersichtlichkeit der Preisberechnungsmethoden eingetreten. Nachdem nunmehr neben der weiteren Veranschlagung von Goldanleihekosten die Kettenteile in fortwährendem Maße in Umlauf gelangt, wird binnen kurzem der Verkehr mit wertbeständigen Zahlungsmitteln ausreichend versorgt sein. Damit entfällt der Grund für die Einrechnung unübersichtlicher, die Warenpreise erheblich verteuern der Risikozuschläge. Reichswirtschaftsminister und Reichnahrungsmittelminister haben diese Tatsachen in einem Rundschreiben an die Landesregierungen hervor und sprechen die Erwartung aus, daß die Nachprüfung jeder Preisüberhöhung, besonders bei Lebensmitteln, auf das strengste vorgenommen wird. Den Staatsanwaltschaften und Gerichten soll durch die übergeordneten Landesbehörden nahegelegt werden, gegen Schädlinge des Gemeinwohls die strengsten Strafmaßnahmen, wie die Unterbrechung des Handels, Schließung der Geschäftsräume und schwere Zuchthausstrafen anzuwenden.

„Flammen“

Roman von Hans Schulze.

8) Nachdruck verboten.

Eine Meisterhand spielte Holzens Liebestod —
Altehen hatte die Augen geschlossen und lauschte wie gebannt auf das herzaufpeitschende Todesjauchzen des Hohen Liedes der Liebe, jener allbeglückenden, alles verzehrenden Liebe, die nichts achtet, nichts hört und sieht und will, als sich selbst.
So hatte auch er einst geliebt und sich selber geliebt gewohnt, im Taumel einer glühenden Leidenschaft.
Und was war das Ende gewesen?
Mit einem jähen Ruck fuhr er empor; er glaubte auf einmal ins Leere zu sinken, mit beiden Händen klammerte er sich an den Brunnennrand.
Es war ja alles vorbei, ein Narr war er gewesen, ein armer, betrogener Tor, der sein Lebensglück verloren hatte in einem Liebesrausch gleich dem Rausch des unseligen Weibes, der jetzt in den gewaltigen Arpeggien des Nachspiels langsam dahinstarb.
Da schweig die Musik, der letzte Ton verflog.
Altehen erhob sich und schritt wieder langsam dem Schlosse zu, das sich in seinen schwerwichtigen Formen wie eine dunkle, drohende Masse in das tiefe Nachtblau des Himmels hineinzeichnete.
Eine weibliche Gestalt war auf die Terrasse getreten. Der Goldschimmer der Lampe zitterte um den feinen Kopf und umrandete den schlanken Leib der Baronin mit einer schmalen Glanzlinie.
In diesem Augenblick setzte die Musik von neuem ein und eine schwerwichtige Tanzweise schlich sich leise heran und trug auf ihren weichen, wiegenden Rhythmen süß und klagend den Gesang einer Frauenstimme.
Es war der Walzer der Musette aus Puccinis „Bohème“.
Altehen war stehen geblieben und lehnte sich in einem Anfall wehloser Schwäche schwer atmend gegen einen Baumstamm.
Er kannte die Weise, er kannte auch die lockende Stimme, die sich mit diesen lodenden Lauten einst siegreich in sein Herz gesungen hatte.
Vor Jahren war es gewesen in der Römischen Oper in Berlin.

General von Seede gegen Wucher.

Gleichzeitig fordert der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General v. Seede, die Militärbehörden unter Bezugnahme auf das vorstehende Schreiben auf, dem Hochtreiben der Goldmarkpreise wirksam entgegenzutreten. Auf dem Wege der Ware bis zum Kleinhandel haben die Zwischenstellen, sagt v. Seede, zum Ausgleich der Geldentwertung Risiko-Prämien eingekauft, die schließlich den Endpreis weit über Friedenshöhe gesteigert haben, die Kaufkraft der Verbraucher dagegen ist erheblich zurückgefallen. Die Militärbehörden werden gebeten, der Angelegenheit ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, die Bestrebungen der Landesregierungen und Verwaltungsbehörden tatkräftig zu fördern und für die Bestrafung der Schuldigen die ganze Vollmacht der vollziehenden Gewalt einzusetzen.

Lokales und Provinzielles.

Salver, 21. November 1923.

Wirtschaftsbarometer am 19. November 1923.

Reichsbankdiskont	90 %
Silberankaufspreis	230 Milliardenfach
Eisenbahnschlüsselzahl (Goldrechnung)	600 Milliardenfach
Fernbrief (20 Gramm)	10 Milliarden
Druckbrief (20 Gramm)	5 Milliarden
Großhandelsindex (Stichtag 13. 11.)	265,6 Milliarden
Lebenshaltungsindex (Stichtag 12. 11.)	218,6 Milliarden
Steuergoldmark (16. 11.)	600 Milliarden
Schlüsselzahl für Beitragsanzahl (ab 16. 11.)	800 Millionen

Die Wochenfahrkarten der Arbeiter. Um Arbeitern die Benutzung von Wochenfahrkarten zu erleichtern, während die Löhne noch nicht auf der Goldmarkbasis aufgebaut sind, hat der Reichsverkehrsminister zugelassen, daß die Arbeitgeber Karten für die auswärts wohnenden Arbeiter gegen Bezahlung durch Reichsbankbarische entnehmen und das Geld mit den Arbeitnehmern verrechnen. Beim Fehlen einer Verbindung der kleineren Arbeitgeber mit der Reichsbank kann den Arbeitgebern Stundung in Goldmark gewährt werden. Auch mit Kommunalverbänden können Abkommen über Stundung der Wochenkartenpreise getroffen werden. Ferner können im Bedarfsfall die Wochenkarten und Arbeiterfahrkarten — letztere mit dem Tagesstempel des Benutzungstages versehen — fortan schon vom Mittwoch ab vorverkauft werden, damit den Arbeitern Gelegenheit geboten wird, den im Laufe der Woche eintretenden Kurssteigerungen auszuweichen.

Das wertbeständige Reichsbankgeld. Das von der deutschen Reichsbank mit Zustimmung des Reichsfinanzministers herausgegebene wertbeständige Geld ist durch Goldanleihe voll gedeckt. Es ist daher ein der Rentenmark gleichwertiges Zahlungsmittel und wird an allen Stellen angenommen. Die Geldscheine bestehen aus gelbem Papier, tragen den Aufdruck: „Wertbeständiger Anteilsschein der Schatzanweisungen des Deutschen Reiches“ mit der Unterschrift des Reichsverkehrsministers. 100 Mark Gold gleich 1/10 Dollar, 1,05 Mark Gold gleich 1/10 Dollar und 2,10 Mark Gold gleich 1/5 Dollar gesteuert.

Geänderte Zahlung der Fernspreckgebühren und gestundeten Telegraphengebühren.

Die Reichspostverwaltung hat die Fernspreckgebühren bisher nachträglich erhoben und die Telegraphengebühren auf Antrag oder bei der Auslieferung durch Fernsprecher bis zum Ablauf des Monats gestundet. Bei der sprunghaften Geldentwertung sind ihr dadurch erhebliche Verluste entstanden. Das Einziehungsverfahren wird daher für die vom 1. November an entstehenden Fernspreckgebühren und gestundeten Telegraphengebühren folgendermaßen geändert:

1. Die Gebühren werden auf den Belegen (Gebührenzetteln) in Grundbeträgen aufgeführt.
2. Umgerechnet in Papiermark wird nach der Schlüsselzahl, die am Tage der Zahlung gilt.
3. Um den Teilnehmern bei dem neuen Zahlungsverfahren die Möglichkeit zu geben, die Folgen der Geldentwertung von sich abzuwenden, werden Abschlagszahlungen bis zur Höhe der im laufenden Monat fälligen Gebühren entgegengenommen und dem Teilnehmer wertbeständig gutgeschrieben. Sobald die auf-

Der Name einer berühmten Sängerin, die als schwedische Nachtigall in ganz Europa Triumphe feierte, hatte auf dem Bettel gestanden.

Dann aber war statt des erkrankten Gastes eine junge Anfängerin auf der Bühne erschienen, süß und blond, fast noch ein Kind in der Unschuld ihrer ganzen Erscheinung, die ihr die Herzen der Menge im Sturm erobert hatte.

Wie im Traum hatte er an jenem Abend im Theater gesehen, und als der Vorhang zum letzten Male über dem erschütternden Drama niedergegangen war, da war der Zufall, der ihn in das graue Haus an der Weidenammer Brücke geführt hatte, zu seinem Schicksal geworden.

Mitternacht war bereits vorüber, als die Baronin endlich ihr Schlafzimmer aufsuchte.

Sie hatte nach ihrer Gewohnheit noch einmal die Runde durch das ganze Haus gemacht und sich halb entkleidet im Treppengang vor ihrem Toilettenstapel.

Man war bei dem künstlerischen Spiel Dr. Reinwaldts noch lange zusammengeblieben, auch Hella hatte noch einige schwermütige italienische Volkslieder gesungen und ihre kleine Zuhörerschaft durch ihre vollendete Vortragskunst und den schmelzenden Reiz ihrer wunderbar lieblichen Stimme gleichmäßig entzückt.

Es war ein sehr hübscher, angeregter Abend gewesen und nur einer hatte inmitten der lebhaften Unterhaltung still abseits gesessen, der Mann, mit dem sich seit dem vergangenen Tage unabläßig all ihre Gedanken beschäftigten.

Altehen.
In ihrer ehrlichen, aufrechten Art hatte sie sich längst eingestellt, daß er vom ersten Augenblick an einen sehr starken Eindruck auf sie gemacht hatte.

Ihr Verhältnis zu dem verstorbenen Baron, ihrem Vetter, dem sie einst mit kaum achtzehn Jahren die Hand zum Eheband gereicht hatte, war von jeher mehr auf freundschaftlich-herzlicher Achtung, denn auf einer tieferen Liebesneigung gegründet gewesen.

Sie selbst hatte sich über den Charakter dieser Ehe als einer reinen Versorgungsehe niemals irgend welcher Selbsttäuschung hingeeben, sie vielmehr als eine Schicksalsfügung hingenommen, die ihr die Verpflichtung auferlegte, ihrem Gatten die glänzende Stellung als Herrin der größten und reichsten Herrschaft im ganzen Kreise durch hausfrauliches Können als eine echte, rechte Landbesitzerin nach Kräften zu vergelten.

gelaufenen Gebühren einen Grundbetrag von 10 Mark erreicht haben, erhält der Teilnehmer eine Zahlungsaufforderung. In diesem Falle muß die Schuld sogleich beglichen werden. Ist der Betrag nicht binnen einer Woche nach Absendung der Aufforderung eingegangen, so wird der Anschluß ohne weitere Mahnung gesperrt. Die Sperre kostet 5 Mark (Grundbetrag).

4. Der Teilnehmer kann den Betrag entrichten: entweder durch Barzahlung am Schalter einer Postanstalt am Orte, seiner Vermittlungsstelle oder einer sonst dafür zugelassenen Postanstalt, ferner — bei Teilnehmern im Landzustellbezirk — durch Uebergabe des Betrages an den Zustellstellen zur Ablieferung bei seiner Postanstalt oder durch Ueberweisung auf das Postcheckkonto der Vermittlungsstelle. Als Tag der Zahlung gilt im letzteren Falle der Tag der Lastschrift. — Das Verfahren, wonach die Fernspreckgebühren ohne jedesmalige Veranlassung des Teilnehmers von seinem Postcheckkonto abgebucht werden, wird aufgehoben.

5. Bei Postüberweisung muß der Teilnehmer auf dem Abschnitt unbedingt Amt und Nummer seines Anschlusses angeben. Unterläßt er dies, so hat er keinen Anspruch auf rechtzeitige Anrechnung des Betrages auf seine Gebührenschuld.

6. Nach Monatsablauf erhält der Teilnehmer Abrechnung. Restguthaben oder Restschuld wird auf den nächsten Monat übertragen. Die Belege werden dem Teilnehmer zusammen mit der Abrechnung als gewöhnlicher Brief zugestellt. In derselben Weise wird im Laufe des Monats mit Teilnehmern abgerechnet, die einen lebhaften Sprechverkehr unterhalten.

7. Die am 1. Nov. im voraus erhobenen Gebühren für die Mindestzahl an Ortsgesprächen sind nach der am 1. Nov. geltenden Schlüsselzahl berechnet worden.

Änderung in der Angestellten- und Invalidenversicherung. Auf Grund der neunten Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 9. Nov. mit Wirkung vom 12. Nov. d. Js. ab in den Gehaltsklassen der Angestelltenversicherung und den Lohnklassen der Invalidenversicherung, sowie hinsichtlich der Beiträge usw. folgende Änderungen eingetreten:

Klasse	von mehr als	bis
44		60000
45	60000	84000
46	84000	120000
47	120000	180000
48	180000	240000
49	240000	300000
50	300000	

Beiträge in Milliarden Mk.

in Klasse	monatlich	wöchentlich
44	168	19
45	224	25
46	316	36
47	466	52
48	652	74
49	838	94
50	1024	116

Zur Entrichtung der Beiträge werden die bisherigen Marken der Klassen 44—50 verwendet; der aufgedruckte Geldwert wurde aber mit Wirkung vom 12. Nov. verzehntausendfach. Dies bedeutet gegenüber den bisherigen Sätzen eine fünffache Erhöhung.

Vom 12. d. Mts. durften die Verkaufsanstalten Beitragsmarken zu den bisherigen Werten nicht mehr abgeben. Um unnützen Beschwerden vorzubeugen, wird darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Marktenwerte lediglich eine Folge der Geldentwertung ist. Es tritt daher selbst in den Fällen, in denen Marken zeitweise bei der Post nicht zu haben sind, eine Schädigung der Verpflichteten nicht ein, weil sie die Marken später nur mit entsprechend entwertetem Gelde bezahlen.

Für Beiträge der Gehalts- bzw. Lohnklassen 44—50 werden beim Ruhegeld und bei der Invalidenrente Steigerungssätze im hundertfachen Betrage des in den Verordnungen vom 31. August und 17. Sept. d. Js.

Jetzt aber war ihr in Altesben ein Mann entgegengetreten, bei dem zum ersten Male ihr Herz gesprochen, der ihrem Leben einen ganz anderen Sinn und Inhalt gegeben hatte.

Immer wieder glaubte sie sein schönes, stolzes Gesicht vor sich zu sehen, mit den tiefen, blauen Augen unter den kühn geschwungenen Brauen.

Sie fühlte sich in seiner Gegenwart so unsicher und unfrei, als sei ihr ein Joch auf den Nacken gelegt worden, und doch war in ihrem Herzen kein Gedanke an Trost und Widerstand, sondern einzig ein großes Vergnügen, sich aus ganzer Seele diesem neuen, wunderbaren Gefühl hinzugeben, das ihr Blut mit einer so bangeren und doch süßen Unruhe erfüllte.

Und quälend und beschämend zugleich erhob sich in ihr eine erste, leise Regung von Eifersucht auf Hellas sieghafte Jugend und Schönheit, daß sie in sich ausbrechender Angst in ihrem Spiegelbilde nach den Spuren ihrer achtundzwanzig Jahre suchte, die sie in diesem Augenblick fast wie eine persönliche Schuld, wie eine schwere, körperliche Last empfand.

Da rang auf einmal der Laut einer menschlichen Stimme an ihr Ohr.

Ein deutlicher, unverkennbarer Ton wie das halberstimmte Schluchzen einer Frau.

Ueber ihr im Wohnzimmer Altesbens wurde ein Stuhl gerückt.

Ein Schritt tappte vorsichtig über den Teppich.

Jetzt ein hastiges unterdrücktes Flüstern, ein leises Türentfallen.

Dann wurde es wieder totenstill.

Unwillkürlich hatte sich die Baronin erhoben und lauschte mit verhaltenem Atem.

Konnte sie recht gehört haben?

War wirklich jemand bei Altesben im Zimmer gewesen?

Mit lautlosen Schritten schlich sie zum Fenster und lehnte sich weit hinaus.

Aus dem Fenster über ihr fiel ein matter Lichtstreif auf das Rosenparterre des Vorplatzes, sonst lag die ganze lange Front des Schlosses in nachtschwarzer Finsternis.

Mit einer gewaltigen Anstrengung richtete sich die Baronin endlich wieder empor und lauschte von neuem.

Oben im zweiten Stock waren außer Altesben nur Dr. Reinwaldt und Hella untergebracht. Sollte Hella —

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Die Vernehmung deutscher Vertreter.

Paris, 20. Nov. Die Reparationskommission hat beschlossen, die Vertreter des Deutschen Reiches kommenden Freitag, den 22. November 10,15 Uhr vorm. in der Frage der beiden Noten vom 27. Oktober und 2. November zu vernehmen.

Katastrophe zur See.

Hamburg, 19. November. Nach Meldungen hier eingetroffener Boten ist der amerikanische Biermaschinen-Motorfabrikant „Grace Pendleton“, der vor einigen Tagen von hier nach Rotterdam in See gegangen war, bei schwerem Sturm auf Großvogelstrand gestrandet. Da das Schiff voll Wasser ist, und Masten und Takelage vernichtet sind, muß alles als verloren betrachtet werden. Über den Verbleib der aus vierzehn Mann bestehenden Besatzung ist noch nichts Näheres bekannt, doch sollen zwei Mann gerettet worden sein.

Spitzhühner der Separatisten.

Leipzig, 19. November. Separatistische Einbrecher haben in den letzten Tagen das Duisburger Museum in dem von Separatisten besetzten Rathaus heimlich gestohlen. Die Münzsammlung, zum Teil unerlässliche Werte, gestohlen. Es sind insgesamt acht Münzsammlungen erbrochen und ihres Inhalts beraubt worden. Außerdem wurde eine wertvolle Sammlung alter Taschenuhren und eine Bronzefigur gestohlen. Die mit der Verfolgung der Angelegenheit betrauten deutschen Kriminalpolizisten nahmen fünf Männer und eine Frauensperson fest, bei denen man annähernd 300 Stück der gestohlenen Münzen fand.

Eine böswillige Erfindung.

München, 19. November. Von ausländischer Stelle wird mitgeteilt: Das Gerücht, in Bayern solle in absehbarer Zeit die Monarchie ausgerufen werden, ist eine böswillige Erfindung, der jede tatsächliche Grundlage fehlt.

Festnahme einer großen Münchener Einbrecherbande.

München, 19. November. Am Sonntag kam es in der Vorstadt Au zu einem Feuergefecht zwischen einem Einbrecher und einer Abteilung Landespolizei. Im Laufe des Tages konnten 13 Personen festgenommen werden, die seit drei Jahren in der Umgebung Münchens mindestens 100 Einbrüche begangen haben. Es wurden in der Hauptsache Lebensmittel, Schweine, Geflügel usw. gestohlen.

Eisenbahnunglück.

Dresden, 19. November. Die Reichsbahndirektion meldet: Am 19. November morgens 5,12 Uhr fuhr auf Bahnhof Wilschitz der Streda Liegnitz-Goldberg der Personenzug 1234 auf den Schluß des Güterzuges 9400 auf. Nach den bisherigen Feststellungen überfuhr der Personenzug anscheinend das Haltesignal. Der Reisende Richard Heller-Liegnitz wurde schwer verletzt und in das dortige Krankenhaus übergeführt, drei andere Reisende wurden leicht verletzt; der Materialschaden ist erheblich. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Bergarbeiterstreik in Schlesien.

Waldburg, 19. November. In der gestrigen Konferenz des niederschlesischen Steinkohlenreviers wurde über den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers abgestimmt. Mit 259 gegen 8 Stimmen wurde der Schiedsspruch abgelehnt. Der Bergarbeiterstreik, der zunächst als wilder Streik am Freitag ausbrach, wird unter Führung der Gewerkschaften fortgesetzt.

Beschlüsse der Völkervereinigung?

Paris, 19. November. Aus der heutigen Sitzung

der Völkervereinigung will man wissen, daß hinsichtlich der Wiederaufnahme der internationalen Kontrolle in Deutschland Verständigung erzielt sei. Der aufgesetzte Wortlaut werde dem französischen Ministerrat zur Ratifikation unterbreitet werden. Die Beratungen der Völkervereinigung über die Maßnahmen, die wegen der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland ergriffen werden sollen, waren noch nicht beendet.

Hoovers Kreditplan für Deutschland.

New York, 19. November. Wie aus Washington gemeldet wird, hat Hoover nunmehr seinen Unterstützungsplan für Deutschland fertiggestellt. Danach wird Deutschland ein Kredit in Höhe von 173 500 000 Dollars zum Einkauf von Lebensmitteln in den Vereinigten Staaten gewährt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ 111 Abs. 1 und seine Gruppe vor dem Staatsgericht. In Leipzig begann vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik der Prozess gegen die „Gruppe Blättner“, die im Jahre 1921 ganz Mitteldeutschland durch Überfälle auf industrielle Betriebe, durch Sprengungen und ähnliche Terrorakte im Schrecken gesetzt hat. Die Angeklagten gehören keiner politischen Partei an, sondern sind Mitglieder illegaler Organisationen: der Allgemeinen Arbeiterunion, der kommunistischen Arbeiterpartei und anderer radikaler Gruppen. Der Prozess dürfte mehrere Tage dauern.

Börse und Handel.

Dollar unverändert.

In der Erwartung, daß am Montag der Dollarkurs herausgesetzt würde, wurden an der Berliner Börse viele Papiere höher bewertet. Die Erwartung wurde enttäuscht, die amtliche Devisennotierung änderte sich nicht und die Anregung am Effektenmarkt ließ bald wieder nach. Es ging sogar das ziemlich bestimmt auftretende Gerücht um, die Papiermarkt werde auf der jetzigen Basis von 600 Milliarden für eine Goldmark fixiert werden. Dollarschikanenweisungen waren nicht im Verkehr und wurden nicht notiert, Goldanleihe wurde ebenfalls nicht umgesetzt. Ein kleiner Streik der freien Arbeiter, die sich gegen die Vorauszahlung des Währungspreises sträubten, konnten den matten Verlauf der Börse beleben.

In Millionen Mk. Was kosten fremde Werte? In Millionen Mk.

Börsenplätze	19. 11.		17. 11.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Guld.	952 613	957 387	947 625	952 375
Dänemark 1 Kr.	484 910	487 090	428 925	431 075
Schweden 1 Kr.	674 310	677 690	664 835	667 665
Norwegen 1 Kr.	369 075	370 925	363 090	364 910
Finnland 1 Mark	67 830	68 170	67 830	68 170
USA 1 Doll.	25 137 000	25 263 000	25 137 000	25 263 000
England 1 Pf.	10 972 500	11 027 500	10 972 500	11 027 500
Schweiz 1 Fr.	444 885	447 115	442 890	445 110
Frankreich 1 Fr.	181 670	182 330	137 655	138 345
Belgien 1 Fr.	113 715	114 285	115 710	116 290
Italien 1 Lira	107 730	108 270	107 730	108 270
Österreich 1 Kr.	73 815	74 185	73 815	74 185
Österr. 1000 Kr.	35 910	36 090	35 910	36 090
Ungarn 1000 Kr.	189 650	190 350	149 625	150 375

Deutsche Werte am 19. November.

Eine Rentenmark 600 Milliarden. Vapierm.
Dollarschikanenweisungen keine Notierung
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich 2520 Milliarden. Vapierm.
Ein Goldpfennig 600 „ „
Eine Goldmark 600 „ „
Eine Goldmark, umgerechnet über den amtlichen
Berliner Dreifachkurs für Auszahlung New York (1 Dollar
2526 300 Millionen gleich 601 500 Millionen).

* Kurse für Obligationen und Aktien am 19. November in Berlin. Auszahlungen: Bularek 13 432 G. 13 568 B., Ratto-
witz 1333 G. 13 067 B., Riga 991,5 G. 10 075 B., Rebal 7245 G.
7355 B., Rowno 245 500 G. 252 500 B. Notennotierungen:
Polnische Mark 1 316 000 G. 1 384 000 B., Letzlicher Rubel
9360 G. 9840 B., Estnische Mark 7020 G. 7330 B., Lit. 234 000 G.
246 000 B.

* Amtlicher Moskauer Dollarkurs am 17. November. Ein
Dollar gleich 201 Milliarden Rubel (1 Rubel gleich 2,10 deutsche
Mark).

* 2½ Trillionen Banknoten im Umlauf Ende Oktober. Der ver-
spätet erschienene Ausweis der Reichsbank vom 31. Oktober
bringt die Feststellung, daß zu diesem Tage der Banknotenum-
lauf sich wieder um zwei Trillionen, auf insgesamt 2,5 Tril-
lionen erhöht hatte.

* Berliner Produktmarkt vom 19. November 1923.
Amlich festgesetzte Preise. Getreide und Ölsaaten pro
1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. In Goldmark.
(4,20 Goldmark gleich 1 Dollar Goldanleihe.) Weizen mähr-
ischer 193—200. Roggen mährischer 183—187. Roggen
Sommergerste 178—184. Hafer mährischer 162—165,
pommerscher 155—160, schlesischer 163—164. Roggen-
mehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto incl. Sack (feinste
Marken über Notiz) 31,50—35. Roggenmehl pro 100
Kilogramm frei Berlin brutto incl. Sack 30,50—32,50. Roggen-
mehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 8,40. Stetig. Roggenmehl frei Berlin
8—8,20. Stetig. Weizenmehl 43—52, kleine Speiseflocken
33—36, Weizenklein 17—19, Geradella 20—23, Rapstuchen 13,50
bis 14, Trockenmehl 8, Torfmehl 30—70 7,50—8, Kartoffel-
flocken 16,50—17.

* Kaufmännischer Bericht der Preisnotierungskommission
für Rohstoffe. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilo-
gramm ab mährischer Station für den Berliner Markt (in
Goldmark): drabgebr. Roggen- und Weizenstroh 0,80—1,00,
desgl. Haferstroh 0,70—0,90, desgl. Gerstestroh 0,70—0,90,
bindfadenbr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,70, Sackel
1,90, handelsüblich. Heu 0,80—0,90, gutes Heu 1,10—1,20.

* Sachverständigenrat für Hausbrand. Auf eine im Reichs-
kabinett gegebene und zum Beschluß erhobene Anregung hat
sich der Reichsverkehrsminister bereit erklärt, zwecks Erleich-
terung der Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandstoffen
die Fichten hierfür mit 75 % für die Höchstbauern eines Mo-
nats zu stunden, und zwar längstens bis zum 31. Dezember.
Anträge sind an die betreffende Reichsbahndirektion zu richten.
Sie kommen vor allem für die Gemeindeverwaltungen und für
Großbetriebe in Betracht.

Vom Lebensmittelmarkt.

* In der Berliner Zentralmarkthalle wurden am 19. Novem-
ber folgende Preise (in Milliarden Mark) verlangt:
Rindfleisch 1600—3000, Kalbfleisch 1800—2700, Hammelfleisch
1400—2400, Schweinefleisch 2600—2800, geräucherter Inn-
speck 4300, Leberwurst 1600—3600, Schmalzwurst 4000—4400,
Säsen 850—900, Gänse 1200—2000, Enten 1500—2000, Hühner
1200—1500, Kalkun 800, Schellfisch 400—650, Bleie 600 bis
800, Serringe 650—700, Wadlinge 1200—1400, Sprotten 1400
bis 2400, Salzheringe 90—150, Äpfel bis 1500, Birnen bis
1500, Kartoffeln 23,1, Weikohl 30—35, Rotkohl 90—102,
Spinat 66—80, Möhrrüben 26—40, Tomaten 150—350, Zwie-
beln 180, Erbsen 290—315, weiße Bohnen 180—200, Margarine
580—650, Schmalz 700, Harzer Käse 480—700, Kunstbrot 400
bis 420, Pfaffenbrot 330—450, Malzsaft 220, Weizenmehl
190—210, Vollkorn 195—240, Graupen 200—220, Salz 50,
Streichholz 20.

Arbeiter und Angestellte.

Dortmund. (Änderungen im Ruhrgebiet.) Zum
30. November ist sämtlichen Knappschaftsbeamten und Beamten
der Dienstvertrag gekündigt worden.

Berlin, 20. Nov. An der heutigen Börse
notierte der Dollar 4210 500 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher 3705-3708.

Halbzeug : Stab-Form-Band-Eisen Walzdraht : Bleche u. s. w.

622

liefern ab Werk und Lager

WEDEKIND & Co. Eisengroßhandlung **HAGEN** Westf.
Zweighäuser:
Berlin SW. 11. **Cöln a. Rhein.**

Lager mit Gleisanschluss:
Vogelsang, Kreis Schwelm i. Westf.

Wasserrechte.

Ich mache darauf aufmerksam, daß alle Rechte
an Wasserläufen, die nicht im Grundbuch oder
Wasserbuch eingetragen sind, mit dem 30. April
1924 erlöschen. Die Inhaber von Wasserrechten
tun darum gut, ihre Rechte unverzüglich zur Ein-
tragung beim Bezirks-Ausschuß in Arnsberg an-
zumelden.

Halver, 15. November 1923. Der Amtmann.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim
Steuerabzug ist ab 18. 11. 1923 auf 300 000, un-
verändert, festgesetzt. Der Multiplikator für
Sachbezüge ist auf 500 000 festgesetzt.

Länderscheid, den 19. November 1923.

Finanzamt,
Dr. Plew, Regierungsrat.

**2-3 Drehbänke und
Bohrmaschinen, Umboß,
neu oder gebraucht, oder evtl.
kompl. Schmiede- u. Schlosserei-Einrichtung
zu kaufen gesucht.**

Ansch. unt. B. 1500 an die Geschäftsstelle

Sämtliche

Drucksachen

für Industrie, Handel,
Vereine und Private

In modernster Ausführung
:- liefert schnell und billig :-

Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Buch- und Kunstdruckerei.
Verlag des „Allgemeinen An-
zeigers“ u. „Schalkmüller
:- General-Anzeiger :-

Zu Goldmarkpreisen

Liefert sofort und vorteilhaft: 1335

Leder

In Hälften, Croupon und Ausschnitt,
Gummiabsätze, Sohlen u. Sohlenplatten
„Continental“ u. „Mittelland“
Sohlennägel, Tacke und sämtl. Stifte,
Stoß- und Absatzseilen Marke „Braja“,
Hämmer, Zangen, Raspen, Dreifüße,
Arbeitsständer, sowie alle anderen
Werkzeuge, Schuhcremen und Appre-
turen in allen Farben, Garne, Zwirne,
Glaspapier, Oesen und Agraffen.

Turnschuhe

mit Gummi- und Chromledersohle
:- in allen Größen und Farben. :-

Spezialität:

fertige Kernlederabsätze.

Theod. Becker,

Spezialgeschäft und Versandhaus
für alle Schuhmacher Bedarfsartikel,
Kierspe-Bahnhof i. W.
Hauptstr. Nr. 229.
Telefon: Amt Meinerzhagen Nr. 72.

Amt Halver.

Die Zusatzrenten für
Kriegeschädigte und
Kriegshinterbliebene kön-
nen vom 23.-30. d. Mts.
abgeholt werden.



Gut genährte

Schlachtpferde

werden zu konkurrenz-
losen Preisen angekauft.
Bei Unglücksfällen Trans-
portwagen zur Verfügung.
Nach Nachts telefonisch
zu erreichen.

Rohschlachtereien

Albert Pitten,

Hagen i. W.

Wilhelmstr. 2. Tel. 176

Briefkassetten

mit und ohne Druck
empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.